



Teilhabeplanung im Sinne der Menschen mit Behinderung umsetzen

Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen e. V. (BAG WfbM) zum neuen Teilhabeplanverfahren

Mit dieser Stellungnahme werden Lösungsansätze aufgezeigt, wie das seit 1. Januar 2018 in Kraft getretene neue Teilhabeplanverfahren erfolgreich im Sinne aller Beteiligten – insbesondere der Menschen mit Behinderung – umgesetzt werden kann.

Ziel des Gesetzes: ein partizipatives Verfahren

Ziel des Bundesteilhabegesetzes ist es, die für Menschen mit Behinderungen erforderlichen Leistungen bedarfsgerecht zu koordinieren und zu erbringen. Zu diesem Zweck soll ein partizipatives Verfahren – die Teilhabeplanung – einerseits die notwendige Koordination der Rehabilitationsträger untereinander und andererseits die Beteiligung der Menschen mit Behinderung sowie den Einbezug der Expertise der Leistungserbringer und weiterer Akteure sicherstellen.

Teilhabeplanverfahren und Fachausschuss

In welchen Fällen bei der Erstaufnahme in eine Werkstatt ein Teilhabeplanverfahren stattfindet – und damit ein Tätigwerden des Fachausschusses unterbleibt –, ist im Gesetz vermeintlich klar geregelt. Nach § 19 SGB IX findet ein Teilhabeplanverfahren immer dann statt, wenn Leistungen mehrerer Leistungsgruppen oder Rehabilitationsträger erforderlich sind. Im Kontext der Teilhabe am Arbeitsleben in Werkstätten (und bei anderen Leistungsanbietern) stellt sich die Frage, in welchen Fällen das Gesetz von mehreren Rehabilitationsträgern ausgeht.

Nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ist dies bei der Aufnahme in eine Werkstatt regelmäßig der Fall.

Mit Schreiben vom 23. November 2017 teilte das BMAS mit:

„Bei einer Aufnahme in eine Werkstatt für behinderte Menschen kommen zwar in der Regel Leistungen mehrerer Rehabilitationsträger nicht zum gleichen Zeitpunkt, jedoch in einem von vornherein absehbaren Zeitraum nacheinander in Frage. Deshalb halte ich es mit Blick auf die mit dem Bundesteilhabegesetz intendierte Zielsetzung, Leistungen nahtlos und wie aus einer Hand zu erbringen und bei der Leistungsplanung und -entscheidung den leistungsberechtigten Menschen mit Behinderungen von Anfang an einzubeziehen, auch in diesen Fällen für geboten, ein Teilhabeplanverfahren durchzuführen.“

**Forderung: ein „dritter“ Weg als Lösungsansatz**

Die verschiedenen Interpretationen sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Vorgehensweisen in der Praxis erfordern in den Bundesländern zeitnahe Vereinbarungen darüber, wie die Teilhabeplanung umgesetzt wird. Hierbei bieten sich Gestaltungsspielräume, die zu unterschiedlichen Regelungen in den Ländern bzw. Regionen führen können.

Damit die Koordination von Leistungen im Sinne der Menschen mit Behinderungen gelingt, ist es nebensächlich, welchen Namen das Verfahren trägt. Vielmehr sollte grundsätzlich überlegt werden, welche Aspekte sowohl aus den neuen Regelungen zum Teilhabeplanverfahren als auch aus den gesetzlichen Grundlagen sowie aus den Empfehlungen zum Fachausschuss sinnvoll sind bzw. waren. Von besonderer Relevanz sind dabei aus Sicht der BAG WfbM folgende Aspekte:

a) Beteiligung der Menschen mit Behinderung

Wesentliches Element einer partizipativen Teilhabeplanung ist die umfassende Beteiligung der Leistungsberechtigten. Diese muss in allen Schritten des Verfahrens besonders berücksichtigt werden.

Dass die Beteiligungsmöglichkeiten der Leistungsberechtigten auch im neuen Teilhabeplanverfahren keinen Automatismus darstellen, sondern unter gewissen Voraussetzungen eingeschränkt werden können, sollte bei der Umsetzung in der Praxis kritisch diskutiert werden. Allein die Frage nach der Durchführung einer Teilhabeplankonferenz verdeutlicht diese Problematik. Denn die im Gesetz aufgeführte Möglichkeit zur Durchführung einer Teilhabeplankonferenz (§ 20 SGB IX) kann aufgrund mehrerer Ausnahmen (gemäß § 20 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 SGB IX) ausgeschlossen werden.

Es ist durchaus zu erwarten, dass Rehabilitationsträger die dort genannten Ausnahmetatbestände (u. a. Ablehnung aufgrund eines vermeintlich unverhältnismäßigen Aufwands) zum Anlass nehmen, von einer regelhaften Durchführung der Teilhabeplankonferenzen abzusehen.

Es ist aus Sicht der Menschen mit Behinderungen zwingend erforderlich, Regelungen zu vereinbaren, welche die Durchführung einer Teilhabeplankonferenz bei jedem Teilhabeplanverfahren sicherstellen, sofern der Leistungsberechtigte dies wünscht.

In diesem Zusammenhang sei zudem darauf verwiesen, dass nach § 20 Absatz 1 Satz 2 SGB IX sowohl die Leistungsberechtigten als auch die beteiligten Rehabilitationsträger sowie Jobcenter die Durchführung einer Teilhabekonferenz vorschlagen können. Dieser Möglichkeit könnte in der Praxis eine erhebliche Bedeutung zukommen.

**b) Zusammenarbeit der verantwortlichen und der beteiligten Rehabilitationsträger optimal gestalten**

Für die Koordinierung der beteiligten Rehabilitationsträger und der in Frage kommenden Leistungen ist der verantwortliche Rehabilitationsträger gemäß § 14 SGB IX zuständig. Dieser Aufgabe muss er im Rahmen des Teilhabeplanverfahrens nachkommen. Im Rahmen der Erstaufnahme in eine Werkstatt werden regelmäßig die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Deutsche Rentenversicherung als verantwortlicher Rehabilitationsträger in Erscheinung treten. Inwiefern diese ein Interesse an einem einheitlichen und übergreifenden Teilhabeplanverfahren haben, kann momentan nicht abschließend beurteilt werden.

Deshalb gilt es, auch für weitere beteiligte Rehabilitationsträger bereits vor ihrer tatsächlichen Kostenträgerschaft tätig zu werden. Eine Möglichkeit ist z. B., die Durchführung einer Teilhabeplankonferenz gemäß § 20 Absatz Satz 2 SGB IX vorzuschlagen.

Es gibt eine weitere Beteiligungsmöglichkeit, die den Rehabilitationsträgern eine noch weitreichendere Gestaltungsmöglichkeit einräumt. Diese findet sich in § 19 Absatz 5 SGB IX und ermöglicht es einem beteiligten Rehabilitationsträger selbst (anstelle des verantwortlichen Rehabilitationsträgers) das Teilhabeplanverfahren – in Abstimmung mit den Leistungsberechtigten – durchzuführen. Konkret würde dies bedeuten, dass etwa ein überörtlicher Träger der Eingliederungshilfe bereits im Rahmen der Erstaufnahme das Teilhabeplanverfahren durchführt. Voraussetzung dafür ist, dass der verantwortliche Leistungserbringer (in diesem Fall BA oder Rentenversicherung) und der Leistungsberechtigte diesem Vorschlag zustimmen.

Für eine gelungene Teilhabeplanung sind die Vernetzung zwischen den verschiedenen Rehabilitationsträgern sowie eine hohe Schnittstellenfähigkeit zu anderen Verfahren (u. a. der Gesamtplanung) wünschenswert. Daher ist es aus Sicht der BAG WfbM wichtig, sowohl auf die Gestaltungsmöglichkeiten der anderen beteiligten Rehabilitationsträger gemäß § 19 Abs. 5 SGB IX hinzuweisen als auch das Verhältnis der Gesamtplanung zur Teilhabeplanung zu verdeutlichen und für entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten zu sensibilisieren (§ 119 Abs. 3 S. 223 i. V. m. § 19 Abs. 5 SGB IX).

c) Beteiligung der Leistungserbringer

Um eine erfolgreiche Teilhabeplanung im Sinne der Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, ist die fachliche Einbeziehung der Leistungserbringer unabdingbar. Im Unterschied zum bisherigen Verfahren des Fachausschusses sind die Leistungserbringer jedoch nicht obligatorisch an einer möglichen Teilhabeplankonferenz beteiligt. Zwar verweist § 19 Absatz 2 Nummer 5 SGB IX explizit auf die Einbeziehung von Diensten und Einrichtungen bei der Leistungserbringung in den Teilhabeplan, eine



obligatorische Beteiligung an einer möglichen Teilhabeplankonferenz ist jedoch nicht vorgesehen.

115 Dennoch ist durch § 20 Absatz 3 Satz 2 SGB IX eine Beteiligungsmöglichkeit der Leistungserbringer gegeben, die vor allem unter Bezugnahme auf die Interessen der Leistungsberechtigten verstanden werden sollte. Dort heißt es, dass auf Wunsch oder mit Zustimmung der Leistungsberechtigten auch Leistungserbringer (und weitere Akteure) an einer Teilhabeplankonferenz teilnehmen können. In der Praxis bedeutet dies, dass
120 eine obligatorische Beteiligung der Leistungserbringer – verbunden mit einer Vetooption des Leistungsberechtigten – Bestandteil der Teilhabeplanung sein sollte.

Fazit: die Eckpfeiler eines gelungenen Teilhabeplanverfahrens

Es ist zu erwarten, dass die unterschiedlichen Interpretationen und Lesarten zum Thema Teilhabeplanverfahren und Fachausschuss zu unterschiedlichen Länderregelungen führen werden.

125 Die BAG WfbM tritt dafür ein, dass der Anspruch der Menschen mit Behinderungen auf Teilhabe und somit auch auf eine optimale und transparente Teilhabeplanung bundesweit in einer vergleichbar ausgestalteten Qualität besteht. Das bedeutet, dass dafür Sorge getragen werden muss, dass trotz der in vielen Situationen sinnvollen Flexibilität bei der praktischen Umsetzung die Teilhabeplanung nach konkreten, nachvollziehbaren und verlässlichen Standards erfolgt. Die BAG WfbM spricht sich aufgrund der vorangegangenen Argumente für eine besondere Berücksichtigung folgender Aspekte aus:

- Nachvollziehbarkeit und Transparenz als Grundsatz des gesamten Teilhabeplanverfahrens
- 135 • obligatorische Durchführung einer Teilhabeplankonferenz (Grundsatz: Es sollte nicht begründet werden müssen, warum eine Teilhabeplankonferenz durchgeführt werden soll, sondern es muss begründet werden, warum man von der Durchführung einer Teilhabeplankonferenz absieht.)
- umfassende und konsequente Beteiligung der Menschen mit Behinderungen
- 140 • konsequente Überprüfung und Ausschöpfung der Beteiligungsmöglichkeiten der anderen Rehabilitationsträger (Grundsatz: Wenn der verantwortliche Rehabilitationsträger nicht willens und/oder in der Lage ist, eine Teilhabeplankonferenz umfassend durchzuführen, sollte eine Beteiligung des Trägers der Eingliederungshilfe geprüft werden.)
- 145 • konsequente Ausschöpfung der Beteiligungsmöglichkeiten der Leistungserbringer/obligatorische Hinzuziehung der Leistungserbringer in der Teilhabeplankonferenz.